Freie Arztsitze: Wenn‘s grün ist, leuchtet bald „Alarmstufe Rot“

Wie steht es um die Versorgung mit Hausärzten in Deutschland? Die aktuelle Karte des Monats von „Ärzte Zeitung“ und Rebmann Research gibt den Überblick darüber, wo der „Soll-Versorgungsgrad“ von 110 Prozent unter- oder überschritten wird. Der Anteil der für eine Niederlassung geöffneten Regionen ist höher als gedacht.

Von Hauke Gerlof

Neu-Isenburg. Kaum eine Fachgruppe kann so frei wählen wie die Allgemeinmediziner, wo sie sich niederlassen wollen. Wo in anderen Fachgebieten nur die kassenärztliche Niederlassung durch Übernahme einer Praxis samt Arztsitz möglich ist, da stehen für Hausärzte in vielen Fällen die Signale bereits auf Grün.

Ein Blick auf die Karte des Monats Juni mit dem aktuellen Stand der Bedarfsplanung und dem Versorgungsgrad der jeweiligen Mittelbereiche – das sind regionale Einheiten unterhalb der Kreis-, aber oberhalb der kommunalen Ebene – zeigt die Situation auf einen Blick. Dort, wo die Karte dunkelgrün eingefärbt ist, können sich Hausärzte auch ohne Übernahme einer Praxis direkt niederlassen, und in manchen KV-Regionen, je nach durchschnittlichem Versorgungsgrad der KV, bedeutet sogar noch ein helles Gelb, dass der jeweilige Bezirk geöffnet ist. In Sachsen beispielsweise sind sogar in den Metropolen Leipzig und Dresden jeweils noch einige, wenn auch wenige Arztsitze frei.

Die Karte des Monats ist eine Kooperation zwischen der „Ärzte Zeitung“ und dem Datendienstleister Rebmann Research. Sie basiert auf Daten aus dem Atlas Medicus® Rebmanns. Seit Dezember werden monatlich wechselnd Themen wie Praxiswert, Best-Ager-Verteilung, Honorierung oder Arztkontakte von Hausärzten statistisch aufbereitet und in einer interaktiven Deutschland-Karte im Internet dargestellt. So kann sich jeder Arzt anhand der Daten seiner Region orientieren.

Die Daten für die aktuelle Karte sind teilweise aus der Bedarfsplanung der jeweils zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung entnommen, wobei sich die Aktualisierungsstände unterscheiden. Einige Daten sind vorläufig (Berlin) beziehungsweise von Rebmann Research berechnet. Aus Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Rheinland-Pfalz lagen bis Redaktionsschluss noch nicht genug valide Daten vor, um sie mit aufzunehmen. Alle anderen KVen sind berücksichtigt.

Nachfolger häufig nicht in Sicht

Dort, wo die Karte grün eingefärbt ist oder in absehbarer Zeit werden sollte, dürfte bei den Verantwortlichen der KVen oder auch bei den zuständigen Bürgermeistern oder Landräten Alarmstufe Rot nicht mehr weit sein. Denn die Zahl der Allgemeinmediziner, die keinen Nachfolger finden, steigt und steigt, das Durchschnittsalter der weiter praktizierenden Ärzte ist häufig über 55, manchmal über 60 Jahre. Doch Nachfolger sind vielerorts nicht in Sicht, weil die Anzahl der Allgemeinärzte im Verhältnis zur Anzahl der frei werdenden Sitze viel zu niedrig ist. Die Folge: In den kommenden Jahren droht in vielen Regionen massive Unterversorgung.

Der Versorgungsgrad wird aus der Verhältniszahl ermittelt, die in der Bedarfsplanungsrichtlinie festgeschrieben ist. Diese beschreibt die Arzt/Einwohner-Relation für jede Fachgruppe. Eine Unterversorgung bei Hausärzten liegt vor, wenn die Verhältniszahl von 1671 Einwohner je Hausarzt um 25 Prozent unterschritten ist. Eine Überversorgung liegt in der Regel ab einem Versorgungsgrad von 110 Prozent vor.

Der jeweilige Versorgungsgrad hat auch ökonomische Rückwirkungen: „Sind mehr Ärzte vorhanden, als die Verhältniszahl erfordert, besteht zwischen den Praxen tendenziell eine höhere Konkurrenz, in Regionen mit niedrigerem Versorgungsgrad ist eine Niederlassung ökonomisch praktisch ohne Risiko, wenn man sich eine Gemeinde aussucht, in der hoher Bedarf besteht“, erläutert Dr. Bernd Rebmann, Gründer und Inhaber von Rebmann Research. Der genaue Blick auf die lokale Versorgungssituation ist auf jeden Fall unerlässlich.

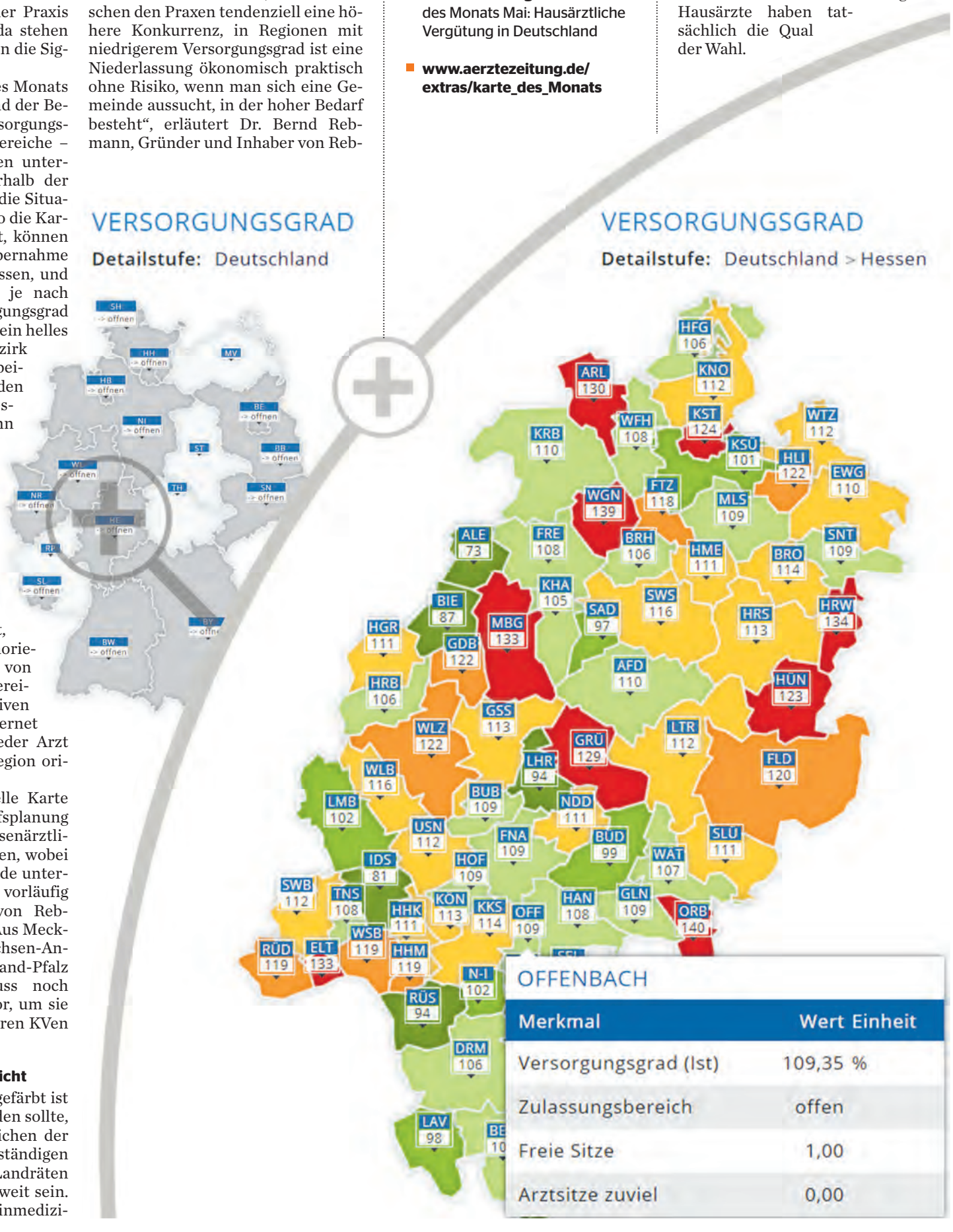
Grüne Regionen sind meist offen

Um zu beurteilen wie es mengenmäßig um die hausärztliche Versorgung in der jeweiligen Region bestellt ist, werden in der Karte bei Mouse-over auch die Arztsitze oberhalb und unterhalb der Sperrgrenze (110 Prozent) ausgewiesen. Und hier sind bereits heute in ländlichen, aber auch in städtischen Regionen teilweise viele Arztsitze frei: Allein in Bocholt/Westfalen fehlen bei einem Versorgungsgrad von 84 Prozent nach den Berechnungen von Rebmann Research 16 Hausärzte. Drohende Unter- und bestehende Überversorgung liegen teils gar nicht weit auseinander: Selbst in Südhessen, nahe am Mega-Ballungsraum Rhein-Main mit Frankfurt und Darmstadt, sind viele Arztsitze frei, in Heusenstamm/Rödermark beispielsweise 18 Sitze, in Rüsselsheim 19,5 Sitze und in Darmstadt sechs Sitze. Junge Hausärzte haben tatsächlich die Qual der Wahl.

ONLINE: **KARTE DES MONATS**

Karte des Monats

- **Initiatoren:** „Ärzte Zeitung“ und Rebmann Research
- **Erscheinung:** einmal im Monat.
- **Datenbasis:** Atlas Medicus® von Rebmann Research
- **Das haben Sie gelesen:** Karte des Monats Mai: Hausärztliche Vergütung in Deutschland
- **www.aerztezeitung.de/extras/karte_des_Monats**



BRANDENBURG

Kommunen auch bei Ärzten in der Pflicht

Die Rahmenbedingungen für die Niederlassung müssen stimmen. Das hat auch die KV Brandenburg erkannt.

Potsdam. In Brandenburg waren Ende 2017 fast anderthalb mal so viele Psychotherapeuten ambulant tätig wie im Jahr 2010. Die Zahl stieg nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg (KVBB) um über 43 Prozent von 310 auf 444. Die Zahl der ambulant tätigen Ärzte ist im gleichen Zeitraum um 11,7 Prozent gewachsen. „Die Daten zeigen, dass die ambulante medizinische Versorgung im Land Brandenburg den offiziellen Vorgaben der Bedarfsplanung entspricht“, so der märkische KV-Vize Andreas Schwark. Er räumte aber ein: „Wir wissen, dass die Statistik das eine, die gefühlte Versorgung vor Ort das andere ist. Entsprechende Hinweise aus den Regionen nehmen wir ernst.“

So prüfen Kassen und KV in Brandenburg, ob ein Sonderbedarf vorliegt. Mehr als 100 Ärzte hat der Zulassungsausschuss in den letzten vier Jahren über diese Regelung zugelassen. KVBB-Chef Dr. Peter Noack forderte zudem attraktive Bedingungen für Ärzte in Brandenburg. Nicht nur die beruflichen, sondern auch die privaten Rahmenbedingungen müssten stimmen. Entscheidend seien etwa Jobmöglichkeiten für den Partner und gute Schul- und Freizeitmöglichkeiten für die Kinder. Hier seien auch das Land und die Kommunen gefragt, so Noack. *(ami)*

FERNBEHANDLUNG

Modellprojekt mit Teleärzten vorgeschlagen

Potsdam. Der Beschluss des Deutschen Ärztetages zur Erweiterung der Fernbehandlung weckt Hoffnungen in Brandenburg. Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Britta Müller, bewertet ihn als „große Chance für ein Flächenland wie Brandenburg“. So könnten Onlinesprechstunden von Hausärzten aus ihrer Sicht eine zusätzliche Möglichkeit für Patienten und Mediziner eröffnen, bei weiten Wegen den Kontakt zu pflegen.

Müller schlug ein Modellprojekt mit Teleärzten in Brandenburg vor, das dem „DocDirekt“-Angebot in Baden-Württemberg ähneln soll. Dort steht ein Tele-Arzt der KV Patienten, die ihren behandelnden Arzt nicht erreichen, als Ansprechpartner zur Verfügung. Er leitet gegebenenfalls an Arztpraxen oder den Notruf weiter. „Ein interessantes System, das auf der Ferndiagnose per PC beruht. Das wäre sicher auch für Brandenburg geeignet“, ist Müller überzeugt. Wichtig sei jetzt zu analysieren, wie die Praxen auf die neue Technik vorbereitet und an einer Umsetzung interessiert sind. „Nicht zuletzt ist es notwendig, schnelles Internet in ganz Brandenburg zur Verfügung zu haben“, so die Gesundheitspolitikerin. *(ami)*